

Tschechische Republik

Volker Weichsel

In Tschechien dominierten im Jahr 2016 zwei Themen die Europadebatte: das Referendum in Großbritannien über einen Austritt aus der Europäischen Union und die Migrationspolitik. Die mit knapper Mehrheit gefällte Entscheidung des britischen Volks, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen solle, wird weitreichende Folgen nicht nur für Großbritannien und Nordirland selbst, sondern für den gesamten Staatenbund haben. In noch stärkerem Maße wird in Tschechien die Frage als fundamentale europapolitische Weichenstellung wahrgenommen, wie die EU-Staaten mit den nach Europa flüchtenden Menschen aus den Bürgerkriegs- und Elendsgebieten Afrikas und des Nahen wie Mittleren Ostens umgehen.

Reaktionen auf den Brexit

Der angekündigte Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wurde in Tschechien überwiegend negativ aufgenommen. Großbritannien gilt in Tschechien als das Land, dessen europapolitische Ordnungsvorstellungen denen Tschechiens grundsätzlich nahestehen. Prag sieht London als natürlichen Partner. Dies betrifft nicht nur den im europäischen Vergleich liberalen wirtschaftspolitischen Ansatz, den sowohl die britischen Konservativen als auch die Labour Party in den vergangenen zwei Jahrzehnten vertraten. Vor allem gilt das Vereinigte Königreich als wichtiger Faktor, der einem Brüsseler Zentralismus – insbesondere in Form einer via Brüssel ausgeübten deutsch-französischen oder gar nur deutschen Hegemonie – ebenso entgegensteht wie einer Ausgrenzung Tschechiens und der anderen ostmitteleuropäischen Staaten durch die Schaffung eines die Gründstaaten der Europäischen Gemeinschaften umfassenden Kerneuropas. Auch gilt London als Brücke in die USA, die von großen Teilen der tschechischen außenpolitischen Elite ebenso wie das Vereinigte Königreich selbst als wichtiger Garant für die Bewahrung jenes Machtgefüges zwischen den europäischen Staaten gesehen werden, in dem die Asymmetrie zwischen den kleinen und den großen Staaten keine aus Prager Sicht inakzeptable Ausmaße annimmt.¹

In den Verhandlungen über die konkrete Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich wird Prag daher versuchen, Großbritannien im Binnenmarkt zu halten und einer allzu deutlichen Verringerung des Londoner Einflusses auf die europäische Politik entgegenzuwirken. Was geschieht, wenn dies nicht gelingt, ist offen. Die bloße Erwartung des britischen Austritts hat jedoch bislang die grundlegenden europapolitischen Leitlinien der tschechischen Parteien und der übrigen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure nicht verändert. Sie zeigten sich lediglich in der Debatte vor und nach dem britischen Referendum in klarerem Licht. Tschechien

1 Exemplarisch für die Reaktion der tschechischen Parteien sind die Äußerungen ihrer Abgeordneten im Europaparlament. „Bolestivá amputace, jež nikomu neprospěje“. „Čeští europoslanci brexitu nefandí“, abrufbar unter: www.lidovky.cz/bolestiva-amputace-jez-nikomu-neprospeje-cesti-europoslanci-brexitu-nefand-i-18s-/zpravy-svet.aspx?c=A160609_135644_in_zahranici_msl (letzter Zugriff 17.10.2016).

bleibt ein Land, in dem die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft, ihrer politischen Repräsentanten und insbesondere der ökonomischen Elite in der EU-Mitgliedschaft wirtschaftliche Vorteile sieht. Gleichzeitig fremdeln viele mit der politischen Ordnung des Staatenverbunds, in der die absolute Souveränität der Nationalstaaten zugunsten zwischenstaatlicher Gremien, einer supranationalen Behörde und eines übernationalen Parlaments eingeschränkt ist. Historisch geprägte Ängste lassen die Sorge vor einem Verlust politischer Selbstbestimmung und kultureller Eigenart nie verschwinden. Diese Skepsis ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen und die Aussicht auf eine Europäische Union ohne Großbritannien ist nicht dazu angetan, sie zu verringern.

Gleichwohl hat die britische Entscheidung für einen Austritt aus der Europäischen Union jenen Kräften keinen Auftrieb verliehen, die einen ähnlichen Weg im nationalen Alleingang auch für Tschechien fordern. Diese Kräfte entwickeln weiterhin eine große rhetorische Verve und erhalten erhebliche publizistische Aufmerksamkeit. Sie prägen jedoch die Prager Europapolitik kaum und können auch keine annähernd mehrheitsfähige politische Alternative zur EU-Mitgliedschaft anbieten. Vielmehr wick durch die Entscheidung des britischen Volks das Gefühl der Alternativlosigkeit der Überzeugung, dass Tschechien in einer anderen Lage ist als Großbritannien und jede Alternative zur EU-Mitgliedschaft eine schlechte Alternative wäre. Nach dem Referendum im Juni 2016 forderten einzelne Stimmen zwar ähnliches auch für Tschechien, insgesamt hat der angekündigte Brexit aber eher die Bugwelle des Anti-EU-Populismus gebrochen.

Europaskeptiker und Populisten

So fand Tschechiens oberster EU-Kritiker, der ehemalige Ministerpräsident und Präsident der Jahre 2003 bis 2013, Václav Klaus, der als einer der wenigen in Tschechien die britische Entscheidung begrüßte und aus ihr die Hoffnung ableitete, die von ihm als Imperium beschriebene Europäische Union werde sich nun auflösen, kaum Zustimmung. Klaus, der den Weg der Alternative für Deutschland (AfD) in Tschechiens großem Nachbarland von einer nationalliberalen zu einer nationalkonservativen Kraft vorwegnahm, erklärte am Tag nach dem britischen Votum: „Heute ist ein phantastischer Tag, was gestern in Großbritannien geschah, ist ein grandioser Sieg aller europäischen Demokraten, aller Menschen, die in einer freien Welt leben möchten und die absolut unzufrieden damit sind, in welche Richtung sich die Europäische Union entwickelt.“² Großbritannien gebe Tschechien daher „das so dringend benötigte Signal zum Wandel auch bei uns“.³ Klaus, der mehrfach auf AfD-Treffen und auch auf einem Parteitag Ende April 2016 auftrat, hat den Kernsatz der tschechischen Europapolitik seit 1989, die auf eine Mäßigung möglicher

2 Václav Klaus: Dnes je úžasný den, brexit nás zachraňuje od bruselského monstra, abrufbar unter: www.rozhlas.cz/radiozurnal/zajimavosti/_zprava/vaclav-klaus-dnes-je-uzasny-den-brexit-nas-zachranuje-od-bruselskeho-monstra-1626864.

3 Brexit: Úžasná příležitost pro Evropu, abrufbar unter: www.klaus.cz/clanky/3958 (letzter Zugriff: 17.10.2016). Ähnlich äußerte sich auch die neugegründete Partei Alternativa pro Česko (Alternative für Tschechien), deren Name unverkennbar von der deutschen AfD übernommen ist. Wenig spricht allerdings dafür, dass sie ähnliche Erfolge erzielen können. Während die AfD mit einem sehr breiten europapolitischen und auch gesellschaftspolitischen Konsens gebrochen hat und diesen als Meinungsdictatur diffamiert, buhlen in Tschechien seit Jahren eine Reihe von Parteien mit einem antipolitischen „Programm“ um Wähler, indem sie Ängste schüren und Identitätsangebote machen, ohne politische Ziele und Wege zu formulieren.

deutscher Ambitionen durch europäische Integration zielte, zugunsten einer taktischen Kooperation mit national-ambitionierten Kräften zum Zwecke der Zerrüttung der Europäischen Union aufgegeben.

Klaus' Einfluss auf die tschechische Debatte schwindet jedoch deutlich, als ehemaliger Premierminister und Ministerpräsident ist es ihm zudem verwehrt, das EU-Thema mit einer generellen Anti-Establishment-Rhetorik zu verknüpfen. Mit seiner hochideologisierten Fundamentalkritik an der Europäischen Union hat er in den vergangenen 15 Jahren erheblich dazu beigetragen, die Vorstellung von der Union als einer natürlichen Ordnung zu schwächen.

Repräsentant einer neuen, scheinbar postideologischen Politik ist der amtierende Finanzminister und Vorsitzende der Partei ANO, Andrej Babiš. Er vermeidet klare eindeutige europapolitische Festlegungen, gleichzeitig gehört Anti-EU-Populismus zu seinem rhetorischen Repertoire. Ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union, das mehr besagen würde, als dass diese der Rahmen sei, in dem gegenwärtig die tschechischen nationalen Interessen am besten verfolgt werden könnten, ist jedoch von Babiš nicht zu hören. Seine Partei ist treffend als „leeres Gefäß“ beschrieben worden, in das alle möglichen Inhalte gefüllt werden können.⁴ Diese Unbestimmtheit wird von vielen Wählern in Tschechien positiv als „Pragmatismus“ gedeutet, sodass ANO bei den Regionalwahlen im Oktober 2016, die als Gradmesser für die Parlamentswahlen 2017 gelten, als stärkste Partei abschnitt.

Migration und Souveränität

Betrachtet man somit die Haltung Prags zur Entwicklung der Europäischen Union und zur Rolle Tschechiens in der Europäischen Union im Lichte der Frage, ob ein Weg wie der, den Großbritannien eingeschlagen hat, auch für das eigene Land infrage kommt, so lautet die Antwort gegenwärtig eindeutig Nein. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einschätzung, die Europäische Union entwickle sich grundsätzlich in eine falsche Richtung, an Boden gewonnen hat. Der Grund liegt in einem Interessen- und Wertekonflikt zwischen Tschechien und Deutschland in der Frage des Umgangs mit der Tatsache, dass Menschen in großer Zahl aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und anderen Bürgerkriegs- und Elendsgebieten in Europa ein besseres Leben suchen. Genau genommen liegt der Grund für die Irritation in Tschechien nicht einmal in dieser Frage selbst, sondern in der Tatsache, dass die Art und Weise, wie Deutschland in diesem Konflikt agierte, als Lackmustest für den Charakter der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten genommen wird. Aus Prager Sicht hat Deutschland, konkret Bundeskanzlerin Angela Merkel, im September 2015 eigenmächtig eine Entscheidung getroffen, die erhebliche Auswirkung auf die anderen, nicht konsultierten EU-Staaten hat. Ein solches Entscheiden „über uns, ohne uns“ (o nás, bez nás) ist für Prag eine Todsünde wider die nationalstaatliche Souveränität. Aus tschechischer Sicht hat Merkel nicht europapolitische Verantwortung übernommen und mit einer humanitären Geste in der Europäischen Union (konkret: in Ungarn) gestrandeten Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland gestattet, sondern im nationalen Interesse Deutschlands im Alleingang gegen europäisches Recht (Dublin-

4 Karl-Peter Schwarz: Nach der Wahl könnte vor der Wahl sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2013.

Regeln) verstoßen, die europäischen Außengrenzen geöffnet und anschließend in einer präzedenzlosen Mehrheitsentscheidung im Rat der Europäischen Union eine Umverteilung der aus dieser Entscheidung entstehenden Lasten auf andere EU-Staaten erwirkt.

Diese Sicht teilt Prag mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten und beteiligt sich an deren Versuchen, auf eine Schließung der europäischen Außengrenzen hin- und der Umsetzung des Beschlusses zur Einführung einer Quote von zwischen den EU-Staaten zu verteilenden Flüchtlingen entgegenzuwirken. Im Vergleich zu den anderen Staaten der Visegrád-Gruppe sieht sich Prag dabei nicht zu Unrecht als gemäßigte Kraft, die an einem Ausgleich interessiert ist. Auch hat die Tatsache, dass die Regierung in Berlin unter erheblichem innenpolitischen Druck ihre Politik faktisch geändert hat, den Konflikt entschärft. Dies ändert jedoch nichts daran, dass in Prag die Hoffnung erheblich geschwunden ist, dass die mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbundene Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität durch die Beteiligung an europäischen Entscheidungen aufgewogen wird.

Weiterführende Literatur

Michal Kořan et al. (Hrsg.): Česká zahraniční politika v roce 2015, Praha 2016.